

## **NIEDERSCHRIFT**

über die **21.** Sitzung des  
**des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
(XIV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **26.02.2009**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich  
Kreissitzungssaal (1. Etage)  
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich  
(Tel. 02181/601-2171 oder -2172)  
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 17:45 Uhr  
Der Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **• CDU-Fraktion**

1. Frau Dr. Linde Becker (bis 17:20)
2. Frau Barbara Brand
3. Herr Karl-Heinz Ehms
4. Herr Hans-Josef Engels
5. Herr Prof. h.c. (BG) Dr. med. Klaus Goder (15:17 bis 17:17)
6. Frau Helga Hermanns
7. Herr Gerhard Heyner
8. Frau Marlies Homuth-Kenkliès Vertretung für Hermann-Josef Dusend
9. Herr Thomas Kaumanns (ab 15:16)
10. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
11. Frau Ursula Kwasny (bis 17:00)
12. Herr Antonius Suppes
13. Herr Paul van Rennings
14. Frau Maria Widdekind
15. Frau Birte Wienands

#### **• SPD-Fraktion**

16. Frau Margot Dubbel (15:07 bis 16:46)
17. Herr Bruno Hommes
18. Herr Stephan Ingenhoven
19. Herr Heinz Peter Ophelders (bis 16:46)
20. Herr Rainer Thiel
21. Herr Achim van der Kemp
22. Frau Helga Weiss

## • **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 23. Herr Martin Kresse
- 24. Frau Dr. Sylke Markert-Kütemeyer

## • **FDP-Fraktion**

- 25. Herr Stephan Kees
- 26. Frau Dr. Jana Pavlik

## • **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 27. Frau Helga Pollack

## • **Linkspartei**

- 28. Herr Bernhard Pickert-Goldenbogen

## • **beratende Mitglieder**

- 29. Herr Karl Boland
- 30. Herr Karl-Heinz Brandofsky (bis 17:27)
- 31. Herr Bernd Gellrich (ab 15:15)
- 32. Herr Christoph Havers (bis 17:29)
- 33. Herr Norbert Kallen (15:11 bis 16:17)
- 34. Herr Dr. Josef Merten

## • **Verwaltung**

- 35. Herr Dr. Michael Dörr
- 36. Herr Gerd Gallus
- 37. Frau Wendeline Gilles
- 38. Herr Siegfried Henkel
- 39. Herr Karsten Mankowsky
- 40. Herr Carsten Rumpelstin
- 41. Herr Stefan Stelten
- 42. Frau Christiane Weber
- 43. Frau Ulrike Weyerstraß
- 44. Frau Claudia Wichmann
- 45. Frau Sabine Wrede

## • **Schriftführer**

- 46. Herr Marcus Mertens

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
<b>Öffentlicher Teil:</b> .....		<b>4</b>
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitssuchende .....	4
2.1.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) Vorlage: 50/690/2009.....	4
2.2.	Aktueller ARGE REPORT Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/721/2009.....	5
3.	Haushalt 2009 Vorlage: 50/706/2009.....	5
4.	Integration von Migranten - Bericht der Verbände über die Integrationsarbeit im Projektbereich Vorlage: 50/631/2009.....	5
5.	Einrichtung eines psychosozialen Krisendienstes im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/694/2009.....	6
6.	Gesundheitsdatenbank Vorlage: 53/659/2009.....	8
7.	Die zahnärztliche Gruppenprophylaxe im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/682/2009.....	8
8.	Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Ermittlung des kindgerechten Regelsatz-Bedarfs nach SGB II Vorlage: 50/791/2009.....	9
9.	Mitteilungen .....	10
10.	Anfragen .....	10

## Öffentlicher Teil:

### 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

#### Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtete der Ausschussvorsitzende

- **Frau Dr. Sylke Markert-Kütemeyer als sachkundige Bürgerin.**

Anschließend bat der Ausschussvorsitzende die Anwesenden um eine Gedenkminute für die verstorbene stellvertretende Landrätin Ulrike Apel-Haefs sowie für den verstorbenen stellvertretenden Landrat Hermann-Josef Dusend. Dr. Klose erinnerte an die Verdienste der Verstorbenen.

Der Ausschussvorsitzende wies auf einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hin, der mit der Einladung zur laufenden Sitzung versandt wurde. Der Antrag solle nach TOP 7 in die Tagesordnung aufgenommen werden. Gegen diesen Vorschlag bestanden seitens des Ausschusses keine Bedenken.

### 2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundversicherung für Arbeitssuchende

#### Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte der Verwaltung und der ARGE für die vorliegenden Berichte. Diese würden dazu beitragen, für die äußerst komplexe Materie ein Verständnis zu schaffen.

#### 2.1. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) Vorlage: 50/690/2009

#### Protokoll:

Dezernent Stelten gab einen kurzen Überblick zur Zahl der Bedarfsgemeinschaften und den Kosten der Unterkunft. Aus den Zahlen könne abgeleitet werden, dass sich die Probleme der deutschen Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss noch nicht widerspiegeln.

#### **SozGe/20090226/Ö2.1**

#### Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

## **2.2. Aktueller ARGE REPORT Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/721/2009**

### **Protokoll:**

Dezernent Stelten stellte die wesentlichen Eckdaten des aktuellen ARGE Reports Rhein-Kreis Neuss vor. Auch im Bereich des SGB II hätten die wirtschaftlichen Probleme noch keine Auswirkung auf die Zahlen und Daten im Rhein-Kreis Neuss.

Kreistagsmitglied Kresse erklärte, der Bericht sei eine gute Abbildung der sozialen Verhältnisse. Jedoch sei es im Hinblick auf die Suche nach politischen Problemlösungen wünschenswert, dass die Berichterstattung mehr das Erreichen oder Nichterreichen der Zielvereinbarungen der ARGE darstelle.

Dezernent Stelten entgegnete, dass eine Verzahnung der Strukturen der ARGE mit der Politik durch die ständige Berichterstattung und die Einladung der Geschäftsführung der ARGE in die Sitzungen des Ausschusses erreicht werde, jedoch hierdurch keine Aushöhlung der Trägerversammlung oder des Beirates geschehen dürfe.

### **SozGe/20090226/Ö2.2**

### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **3. Haushalt 2009 Vorlage: 50/706/2009**

### **Protokoll:**

Kreistagsmitglied Thiel fragte zu Produkt 070 414 010 010 „Projekt rundum gesund“ an, ob das Durchstreichen dieses Punktes der Wunschliste korrekt sei. Dezernent Man-kowsky bedankte sich für den Hinweis und betonte, dass das Durchstreichen irrtümlich geschehen sei.

### **SozGe/20090226/Ö3**

### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

## **4. Integration von Migranten - Bericht der Verbände über die Integrationsarbeit im Projektbereich Vorlage: 50/631/2009**

### **Protokoll:**

Der Geschäftsführer des Diakonischen Werks Neuss, Herr Christoph Havers, berichtete für die Verbände über die Integrationsarbeit. Zur Steuerung der Tätigkeiten sei der Arbeitskreis „Integration“ gebildet worden, an der auch die Kreisverwaltung beteiligt sei. Die Projektförderung sei notwendig, um neben der reinen Beratung mehr Angebote machen zu können. Herr Havers gab einen beispielhaften Überblick der Inhalte dieser Angebote.

Auf Bitten von Kreistagsmitglied Thiel um Nennung von Kennzahlen erläuterte Herr Havers, dass diese zur Zeit nicht zur Verfügung stünden.

Kreistagsmitglied Kresse erklärte, die Herangehensweise an die Thematik sei plausibel und fragte an, ob bei den Beratern sprachliche Kompetenzen vorhanden seien. Dies wurde von Herrn Havers bejaht. Kreistagsmitglied Kresse führte weiter aus, dass aus seiner Sicht die Verschiebung der vorhandenen Mittel aufgrund der Steuerung der Maßnahmen unter Berücksichtigung der Zielvereinbarungen ein gelungenes Beispiel sei, welches verstärkt auch auf die Kreisverwaltung bei der Bewirtschaftung des Kreishaushaltes nach dem NKF übertragen werden sollte.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Brand erklärte Herr Havers, dass sich die Verbände, auch mit Hilfe der Kreisverwaltung, untereinander austauschen und vernetzen würden, um eine gemeinsame Projektsteuerung zu erreichen. Dies sei noch ausbaufähig. Zur Frage von Kreistagsmitglied Brand nach dem Umgang mit älteren Migranten teilte Herr Havers mit, dass hier die Notwendigkeit neuer Initiativen erkannt sei.

Kreistagsmitglied Widdekind fragte an, wie die Netzwerkarbeit zwischen Kindergärten und Betroffenen sowie der Umgang mit Jugendgruppen aufgebaut sei. Hierzu erklärte Herr Havers, dass es Projekte mit Eltern und Erziehern gebe. Bei den Jugendgruppen sei ein Schwerpunkt auf die Stadtteilarbeit aber auch auf Straßensozialarbeit gelegt. Dies schließe auch das Einbeziehen von Bewährungshelfern ein.

Dezernent Stelten erklärte, die große Bedeutung der Integrationsarbeit sei im Bericht von Herrn Havers zum Ausdruck gekommen. Durch diese Arbeit könne auch Extremismus entgegengewirkt werden. Aufgrund der Nachfrage der Ausschussmitglieder sei ein großes Interesse an dem Thema erkennbar. Er regte daher an, für die nächste Sitzung des Ausschusses den Bericht zu verschriftlichen. Dabei sollten einzelne Projekte konkret dargestellt werden, dazu statistische Angaben sowie eine Aussage zu den Problemen aber auch der Grenzen der praktischen Arbeit.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose stimmte dem zu, da die Integration von Migranten auch überörtlich ein wichtiges Thema sei und die im Rhein-Kreis Neuss geleistete Arbeit transparent dargestellt werden sollte.

### **SozGe/20090226/Ö4**

#### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht „Integration von Migranten - Bericht der Verbände über die Integrationsarbeit im Projektbereich“ zur Kenntnis. Die Verbände werden gebeten, ihre erfolgreiche Arbeit weiter fortzuführen und bei wesentlichen Veränderungen in der Bedarfsstruktur dem Ausschuss hierüber zu berichten.

## **5. Einrichtung eines psychosozialen Krisendienstes im Rhein-Kreis Neuss**

**Vorlage: 53/694/2009**

#### **Protokoll:**

Dezernent Mankowsky führte in die Thematik ein unter erklärte unter Bezugnahme auf den Psychiatriebericht 2008, dass die Versorgung von Notfällen im Rhein-Kreis Neuss nicht optimal gewährleistet gewesen sei. Das nunmehr vorliegende Konzept sei ein Zwischenschritt und ein Zwischenergebnis. Die Verwaltung wolle weitere Finanzierungsmöglichkeiten prüfen, so dass der Start des Projektes frühestens Ende 2009 vorgenommen werden könne. Der Psychiatriekoordinator des Rhein-Kreises Neuss, Herr Carsten Rumpeltin, stellte das Konzept ausführlich vor. Dezernent Mankowsky ergänz-

te, dass seitens vieler beteiligter Institutionen und Verbände das Konzept sehr positiv aufgenommen worden sei und Unterstützung finde.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose erklärte, das Konzept sei inhaltlich überzeugend. Er fragte jedoch nach, warum die Gründung eines Vereins als Lösungsweg beschritten werden solle. Herr Rumpeltin erläuterte, dass sich die Verwaltung über die Krisendienste in anderen Regionen informiert habe. Die andernorts gewählte Form des Vereins sei dabei die kostengünstigste.

Ausschussmitglied Pollack regte an, statt der Vereinsform die Aufgabe auf einen bestehenden Verband oder Träger wie zum Beispiel die Stankt Augustinus-Kliniken zu übertragen.

Kreistagsmitglied Prof. Dr. Goder erklärte, das Konzept sei notwendig und angebracht. Insbesondere sei die Situation am Wochenende oder nachts derzeit nicht optimal. Jedoch forderte er die Verwaltung auf, im Konzept unter Punkt 1. den zweiten Satz im dritten Absatz zu streichen, da die hier getroffene Aussage nicht korrekt sei. Das Ziel des Konzeptes, stationäre Einweisungen zu vermeiden, sei wichtig. Bei der Gründung eines Vereins sollte jedoch darauf geachtet werden, dass den juristischen Personen ein Übergewicht der Stimmanteile zufalle, um eine Aushöhlung des Vereins und des Vereinsziels durch natürliche Personen zu vermeiden.

Kreistagsmitglied Thiel signalisierte eine Unterstützung des Konzeptes durch die SPD-Fraktion. Das Konzept sei das Ergebnis intensiver Arbeit in der Gesundheitskonferenz und stünde daher auf einem fachlichen Fundament. Die Kosten für die Arbeit des Vereins würden nicht in voller Höhe beim Kreis verbleiben und im Haushaltsjahr 2009 nur teilweise zur Geltung kommen.

Auch die CDU-Fraktion unterstütze das Konzept laut Kreistagsmitglied Widdekind, da es Erfahrungen aus anderen Kommunen berücksichtige und es durch eine steigende Zahl von Einsätzen eine größere Notwendigkeit gebe, die Problematik anzugehen. Ausschussmitglied Pickert-Goldenbogen erklärte, der dargelegte Zeitplan sei nicht überzeugend. Es sei sehr gewagt, Mittel für den Haushalt bereit zu stellen, ohne Details, zum Beispiel die Satzung des Vereins, zu kennen. Auch sei es wünschenswert, andere Modelle zur Lösung des Problems vorgestellt zu bekommen, um Vergleichsmöglichkeiten zu haben.

Kreistagsmitglied Kresse erklärte, dass es sich bei der Aufgabe um einen Teil der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung handle. Eine Hilfe rund um die Uhr könne beansprucht werden. Die gute Entwicklung des Projektes sei in der Landschaftsverbandsversammlung vorgestellt worden, habe dort überzeugt und Zustimmung erhalten. Die Bezeichnung als „Projekt“ sei jedoch nicht günstig. Der Kreis müsse signalisieren, dass die neuen Strukturen dauerhaft eingerichtet würden.

Kreistagsmitglied Dr. Pavlik wies auf die enormen Schwierigkeiten bei der Bewältigung von Einsätzen und die damit verbundene Einschätzung der Patienten hin. Daher sei es vor Ort im Einsatz wichtig, gute Kompetenz vorzuhalten.

Dezernent Mankowsky bat um eine Besinnung auf das Verständnis des Miteinanders von Politik und Verwaltung. Die Politik solle bestimmen, „Was“ gemacht werden solle, die Verwaltung habe das „Wie“ zu klären. Die von Prof. Dr. Goder gegebenen Anregungen seien in diesem Kontext für die Verwaltung hilfreich.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose zog aus der politischen Diskussion das Resümee, dass die Notwendigkeit zur Einrichtung eines psychosozialen Krisendienstes unstrittig sei. Mit der Vorlage zur heutigen Sitzung sei ein Einstieg gemacht worden. Die Verwaltung bat er, dem Ausschuss Zwischenberichte zu geben.

Kreistagsmitglied Prof. Dr. Goder schlug eine Ergänzung des Beschlussvorschlages vor. Im ersten Absatz sollte nach dem Wort „Verwaltung“ der Halbsatz „unter Berücksichtigung der im Ausschuss gegebenen Anregungen“ eingefügt werden.

## **SozGe/20090226/Ö5**

### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Konzeptentwurf zur Einrichtung eines psychosozialen Krisendienstes zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, unter Berücksichtigung der im Ausschuss gegebenen Anregungen an der weiteren Ausgestaltung des Konzeptes zu arbeiten.

Darüber hinaus empfiehlt der Sozial- und Gesundheitsausschuss, finanzielle Mittel für die Umsetzung zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel müssen ggf. über- oder außerplanmäßig bereitgestellt werden.

Die Gewährung von Finanzmitteln soll seitens des Rhein-Kreises Neuss nur dann erfolgen, wenn für dieses Vorhaben weitere Geldgeber gefunden werden können. Es wird empfohlen, den Landschaftsverband Rheinland und relevante Stiftungen auf eine Co-Finanzierung anzusprechen.

## **6. Gesundheitsdatenbank**

### **Vorlage: 53/659/2009**

#### **Protokoll:**

Herr Rumpelтин stellte Ziele, Aufgaben und Inhalte der neuen Gesundheitsdatenbank vor, die über den Internetauftritt des Rhein-Kreises Neuss zur Verfügung gestellt wird. Ausschussmitglied Kaumanns regte an, die Suchbegriffe zu überarbeiten und dabei eine bürgernähere Sprache zu berücksichtigen.

Ausschussmitglied Boland wies darauf hin, dass die Kreisverwaltung nicht für die Qualität der Angebote bürgen könne, die über die Datenbank abrufbar seien. Es sollte eine Information hierüber eingearbeitet werden, da die Internetseite einer Verwaltung eine gute Qualität eines Angebotes suggerieren könnte.

Kreistagsmitglied Widdekind bat darum, die Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der Gesundheitsdatenbank zu verstärken. Ausschussmitglied Markert-Kütemeyer ergänzte, das Angebot solle auch in der Ärzteschaft kommuniziert werden.

## **7. Die zahnärztliche Gruppenprophylaxe im Rhein-Kreis Neuss**

### **Vorlage: 53/682/2009**

#### **Protokoll:**

Der Leiter des Jugendzahnärztlichen Dienstes des Gesundheitsamtes, Dr. Pöggeler, stellte den Arbeitskreis Zahngesundheit Rhein-Kreis Neuss, dessen Arbeit und die erzielten Ergebnisse vor.

Ausschussmitglied Markert-Kütemeyer fragte an, ob hinsichtlich der zahlenmäßig erfassten Ergebnisse regionale Unterschiede erkennbar seien und wie Deutschland im internationalen Vergleich abschneide. Dr. Pöggeler erklärte, dass versucht werde Einrichtungen herauszufiltern, in denen vermehrt Zahnprobleme auftreten würden, um dort verstärkt tätig werden zu können.

Im internationalen Vergleich schneide Deutschland und insbesondere auch Nordrhein-Westfalen gut ab.

Kreistagsmitglied Widdekind fragte nach der Ursache für die hohe Zahl der Untersuchungen mit sich anschließenden Elternbriefen und der Reaktion der Eltern auf die

Briefe. Dr. Pöggeler erläuterte, dass Elternbriefe nicht nur bei Zahnproblemen versandt würden, sondern auch in den Fällen, in denen zum Beispiel der Bedarf für eine kieferorthopädische Beratung erkannt werde. Eine Reaktion der Eltern sei nur noch im Rahmen von Folgeuntersuchungen feststellbar, da aus datenschutzrechtlichen Gründen kein Zwang mehr für die Eltern bestehe, eine Rückmeldung zu geben.

## **8. Antrag Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Ermittlung des kindgerechten Regelsatz-Bedarfs nach SGB II**

**Vorlage: 50/791/2009**

### **Protokoll:**

Kreistagsmitglied Kresse führte aus, dass sich der Rhein-Kreis Neuss schon häufiger in bundespolitische Themen eingebracht habe. Der Antrag diene dazu, neben den schon vorliegenden Studien die Situation im Rhein-Kreis Neuss zu erfassen und die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Dezernent Stelten wies auf den Beschluss der Bundesregierung hin, den Regelsatz für Kinder auf 70 v. H. des Regelsatzes für Erwachsene anzuheben und fragte an, ob vor diesem Hintergrund der Antrag aufrecht erhalten werden solle. Kreistagsmitglied Kresse entgegnete, dass gerade die Ableitung von einem Regelsatz für Erwachsene nicht den tatsächlichen, kindgerechten Bedarf widerspiegele. Ausschussmitglied Markert-Kütemeyer ergänzte, dass der Kreis durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe einen Beitrag dazu leisten könne, einen tatsächlich kindgerechten Bedarf zu ermitteln.

Kreistagsmitglied Thiel erklärte, dass der Inhalt des Antrages nachvollziehbar sei. Jedoch wäre es günstiger einen anderen Weg einzuschlagen. So könne mehr erreicht werden, wenn auf politischer Ebene die Inhalte an die Bundestagsabgeordneten aus dem Rhein-Kreis Neuss weitergegeben würden.

Kreistagsmitglied Widdekind führte aus, die Regelsätze seien allgemeingültige Regelungen, die der Rhein-Kreis Neuss nicht vorgeben könne. Es bestünde auch die Gefahr, dass die Ergebnisse im Rhein-Kreis Neuss gegenüber der nun erfolgten Regelsatzerhöhung ungünstiger lägen, was sich zum Nachteil für die Betroffenen auswirken könne.

Ausschussmitglied Pickert-Goldenbogen forderte eine gesamtgesellschaftliche Debatte, die die Inhalte einer kindgerechten Erziehung und Ausbildung beinhalten müsse.

Kreistagsmitglied Kresse erklärte, er könne Einigkeit bei der Zielsetzung erkennen. Eine Arbeitsgruppe solle ergebnisoffen die Thematik beleuchten. Mit den erarbeiteten Werten könne dann auch eine politische Resolution verfasst werden.

### **SozGe/20090226/Ö8**

### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss lehnt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, FDP und UWG mehrheitlich die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Ermittlung des kindgerechten Regelsatz-Bedarfs nach SGB II ab.

## **9. Mitteilungen**

### **Protokoll:**

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

## **10. Anfragen**

### **Protokoll:**

Es lagen keine Anfragen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose um 17:45 Uhr die Sitzung.

**Dr. Hans-Ulrich Klose**  
Vorsitzender

**Marcus Mertens**  
Schriftführer